Stadt Halle (Saale) 05.09.2016
Geschäftsbereich II
Stadtentwicklung und Umwelt

Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 06.09.2016
Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage - Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung - Vorlagen-Nr.: VI/2016/01733
Vorlagen-Nummer: VI/2016/02291
TOP:

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, die Beschlusspunkte einzeln abzustimmen, da dies inhaltlich erforderlich ist. Zu den einzelnen Beschlusspunkten wird wie folgt Stellung genommen:

Fachbeitrag Mobilität und Verkehr – Einführungstext (S.120)
*„Eine große Stärke von Halle (Saale) und zugleich eine besondere Herausforderung an die Stadt- und Verkehrsentwicklung ist die Struktur einer kompakten Stadt der kurzen Wege. Die vorhandenen Potenziale sind langfristig zu erhalten und nachhaltig weiter zu entwickeln. Zudem verfügt Halle (Saale) über eine verkehrsgeografische Lagegunst im regionalen und überregionalen Kontext. Die damit verbundenen verkehrsstrukturellen Standortvorteile in der Region Halle/Leipzig - insbesondere für die Verkehrsträger Schiene, Straße ~~und~~ ,Luft **und Wasser** - gilt es auch zukünftig für die Stadt- und Wirtschaftsentwicklung effektiv zu nutzen und auszubauen.“*

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Beschlusspunkt abzulehnen.

Begründung:

Mit dem Wort ***insbesondere*** ist an dieser Stelle eine unvollständige Aufzählung der Verkehrsträger gemeint, die auf die besonders hohe Leistungsfähigkeit der benannten drei Verkehrsträger hinweist.

1. (S. 183) Ergänzung des Handlungsschwerpunktes "Stadtumbau" oder neuer Handlungsschwerpunkt:
Unterirdische Verlegung der Fernwärmetrasse zwischen Heide-Nord und Lettin

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Beschlusspunkt abzulehnen.

Begründung:

Die Stadtwerke haben in einer frühen Beteiligungsphase zum ISEK darauf hingewiesen, dass eine unterirdische Verlegung der gesamten angesprochenen Fernwärmetrasse im ISEK-Planungszeitraum wirtschaftlich nicht möglich ist. Deshalb wurden im ISEK diesbezügliche Teilziele z. B. wie folgt formuliert:

- S. 118, Fachbeitrag Technische Infrastruktur: „Die Primärtrassen für die Fernwärme werden auch zukünftig weiter saniert, wobei nach Möglichkeit eine unterirdische Verlegung erfolgt."
- S.252, Stadtumbaukonzept Heide-Nord: „Prüfung einer mittel- bis langfristigen, unterirdischen Verlegung der Fernwärmeleitung nördlich der Siedlung zumindest im Bereich der vorhandenen Fußwegevernetzung zwischen Heide-Nord und Lettin"

2. (S. 185) Handlungsschwerpunkt "Vernetzung/Wegebau"
Schaffung eines straßenbegleitenden Fuß- und Radweges zwischen Dölau und Lieskau
Schaffung eines Fuß- und Radweges in der Neuragoczystraße.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Beschlusspunkt teilweise wie folgt anzunehmen.

Begründung:
Die Schaffung eines Fuß- und Radweges in der Neuragozystraße soll im Zuge der avisierten Erschließung einer neuen Bebauung im Bereich des ehemaligen Mischwerkes erfolgen. Diese Formulierung kann als Projektbeispiel im Teilraumkonzept Hallescher Westen Handlungsschwerpunkt Vernetzung/Wegebau aufgenommen werden.

Ein straßenbegleitender Fuß- und Radweg entlang der Lieskauer Straße ist wegen fehlender Flächenverfügbarkeit und dem engen Straßenquerschnitt an dieser Stelle nicht realisierbar. Die vorhandenen Alternativen südlich (in der Heide) und nördlich (entlang der Eisenbahntrasse der ehemaligen Halle-Hettstedter Eisenbahn) sind zu nutzen.

3. (S. 71) Willkommenskultur und Integration als Querschnittsaufgabe von Kommune und Stadtgesellschaft
Hinzunahme eines Absatzes zu den Erwartungen an die Migranten
„Grundlage einer gelungenen Integration ist auch die Bereitschaft, Fördermaßnahmen und Hilfsangebote anzunehmen sowie ein hohes Maß an Eigeninitiative bei der Eingliederung. Dazu gehören in erster Linie das Erlernen der deutschen Sprache, die Teilnahme an angebotenen Integrationskursen und der Wille, sich in die den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem und die Stadtgesellschaft nach Kräften einzubringen. Diese Forderungen müssen durch die Stadt Halle (Saale) deutlich gemacht und durchgesetzt werden. Abgeschlossene Parallelstrukturen sind in jedem Fall zu vermeiden."

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Beschlusspunkt abzulehnen.

Begründung:

Die Formulierung greift zwar ein wichtiges Thema auf, das jedoch in der vorgeschlagenen Formulierung nicht auf der Ebene des ISEK zu behandeln ist.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Uwe Stäglin
Beigeordneter